

Da scheiden sich die Geister

Standortanalyse für PV-Freiflächenanlagen beschlossen, aber neuer Antrag

Wartenberg. (bs) Beim weiteren Vorgehen für eine Standortanalyse von einem Ingenieurbüro für PV-Freiflächenanlagen scheiden sich im Marktrat die Geister. Schon dreimal stand das Thema auf der Tagesordnung in der nichtöffentlichen Sitzung und es wurde dreimal abgelehnt, hier weiterzumachen.

Aufgrund neuer Fakten, der Ablehnung eines Windrades in Auerbach, wurde der Antrag erneut gestellt, nun aber in öffentlicher Sitzung zu beraten. Marktrat Michael Paulini (SPD) unterstützte dies wegen der neuen Voraussetzung, alternative Energien zu erzeugen. Franz Gerstner (CSU) hatte wenig Verständnis, erneut darüber zu beraten, nachdem man dreimal dagegen war. Auch Josef Sedlmaier (CSU)

schloss sich Gerstner an: „Soll man solange diskutieren, bis das Ergebnis passt?“ Jeder Landwirt habe die Möglichkeit, eine PV-Freiflächenanlage zu beantragen und gleiches gelte auch für alle Dächer, dazu benötige man kein Ingenieurbüro. Er sei zudem dagegen, gute Ackerböden hierzu zu verwenden. Dominik Rutz (Die Grünen) führte aus, dass man auf verschiedenen Ebenen bei der Energieerzeugung tätig werden müsse. Es seien natürlich Dächer besser als Ackerland und Landwirte können dies selbst bestimmen, was sie machen wollen. Doch hier gehe es nur um eine Hilfestellung.

Michael Pröbst (CSU) sagte, es sei falsch, hier ein Ingenieurbüro zu beauftragen und den Landwirten wertvolle Böden wegzunehmen. Er

sei nicht gegen PV-Anlagen, aber gegen die hier vorgesehene Vorgehensweise, bei der Daten an ein Ingenieurbüro weitergegeben würden. Rutz widersprach einer Datenweitergabe. Eduard Ertl (Neue Mitte) sagte, er sei momentan auch gegen eine derartige Vorgehensweise, die zum Anstieg von Pachtpreisen führe. Mit 10:9 Stimmen wurde eine weitere Vorgehensweise mit einem Ingenieurbüro zugestimmt. Demnach wäre ein nächster Schritt eine kostenfreie Informationsveranstaltung für Flächeneigentümer. Doch Simon Grandinger (CSU) brachte sofort den Antrag ein, das Thema erneut auf die Tagesordnung zu setzen, denn die kommende Ackerflächenstillegung von vier Prozent wurde bisher nicht bedacht.